

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Ausgabe täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: vierteljährlich ohne Bringerlohn 2,40. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, ausserdem die Zeitungsboten, die Landbriefträger und sämtliche Postanstalten.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Anzeigenpreise: Die kleine 6-gesp. Seite 20 Pfennig, lokale geschäftliche Anzeigen 15 Pfennig, die Restamenzzeit 80 Pfennig. Bei Wiederholungs-Aufnahmen Rabatt oder günstige Zellen-Abchlüsse. Offertenzettel oder Anzeigen durch d. Geschäftsstelle 25 Pfennig.

Nr. 68

Donnerstag, den 21. März 1918

78. Jahrgang

Marghiloman für ein Bündnis mit den Mittelmächten.

Fragen der auswärtigen Politik.

Von unserem Berliner Vertreter.

Im Reichstag geht die Erörterung der auswärtigen Politik, der Friedensfragen und der Stellungnahme gegenüber dem anglo-amerikanischen Block nicht sonderlich aufregenden Gang. Der Kanzler hatte am Montag durch seine Ausführungen das Programm der Regierung festgelegt und — es hieß, zwischen seinen Worten das Programm lesen — festgesetzt, Verhandlungsmöglichkeiten mit den westlichen Feinden seien vorläufig nicht vorhanden. Es mag stimmen, daß zwischen London und Washington Differenzpunkte bestehen, aber daß das Ziel Wilsons praktisch dem Ziele Lloyd Georges nicht fernliegt, zeigt die Haltung, die gerade Washington in der Frage der Bergewaltigung Hollands angenommen hat. Amerikanische Friedensgerüchte sind lediglich als Versuchsbalkons zu werten, da an Berliner Stellen die Behauptungen des Wilsonblattes „Newport World“ über Friedensverhandlungen auf Grund amerikanischer Vorschläge bestritten werden. Weder wir noch unsere Verbündeten sänden gegenwärtig in solchen Vorsehrungen.

Gewiß ist, daß der Krieg sein kritisches Stadium erreicht hat. Der Kriegsrat in London hat sicherlich darüber entschieden, ob die Niederbrogungspolitik, obgleich schlagelagen, auch weiterhin der Kriegsrat der Entente bleiben wird, oder ob unter dem Druck der deutschen Einheitsfront im Westen und der fürchtbaren Sanktionen des U-Bootkrieges mit dem Abbau des Krieges begonnen werden soll. Die Entscheidung darüber liegt bei unseren Gegnern. Es ist offenes Geheimnis, daß Amerika mit Japan hart aneinander geraten ist, weil infolge mangelnden Frachtraums die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen nicht einhalten konnten. Auch ist die Entente darüber verstimm, daß Amerikas militärische Unterstützung nur tropfenweise fließt und nicht ausschlaggebend in diesem Jahre wirken kann. Welche Richtung siegt? Es scheint so, als ob die schärfere Tonnart wieder einmal den Bestand niederknüppelt und daß ein schärferer Druck auf alle Neutralen und Rand der gesamten neutralen Handelsstimmung den Vertretern der Niederbrogungs-politik Anstoß geben wird, die Welttragödie zu verlängern und für sich selbst eine Galgenfrist zu gewinnen. Nur eine Galgenfrist! Denn eine Besiegung der U-Bootgefahr ist ausgeschlossen.

Unsere Politik dagegen ist gewissermaßen passiv. Wir warten ab im Gefühle unserer militärischen und wirtschaftlichen Unbesiegbareit. Aktive Politik ist seit langem nicht deutsche Art gewesen. Daran hinderte uns vor allem das Uebergewicht moralischer und ethischer Grundsätze, die wir als Maßstab an die Dinge legten, ohne das englisch-amerikanische Prinzip zu verletzen und unsere politische Haltung auf Grund der politischen Erscheinungen zu wählen. So ist seit Bismarcks Zeiten unsere Politik immer passiv gewesen. Frankreich und England und Rußland dagegen trieben aktive Politik, setzten sich überall in der Welt fest und misstrauten uns, weil es für sie unverständlich blieb, daß ein solch starkes Volk wie das deutsche mit seinem gewaltigen Haben an industriellen und wirtschaftlichen Erfolgen, mit seiner gewaltigen Organisation wirtschaftlicher und militärischer Art in der Politik so bescheiden auftrat. Auch dieser Krieg zeigt das gleiche Bild. Die politische Grundbesetzung Hindenburgs Schwert; aber Herr v. Bethmann Hollweg versagte in der Ausnutzung mit seinen diplomatischen Mitteln. Dieser Zwiespalt ist aller Welt offensichtlich und, wie gesagt, unseren Gegnern Grund des Misstrauens, weil bei ihnen die Politik von jeder die Dinge regelt und nicht die Dinge an sich herantreten ließ.

Dieser Miß im deutschen Wesen und der deutschen Staatskunst zeigt sich auch in den Reichstagsverhandlungen. Letzten Endes treibt die Entente die auswärtige Politik vom Gesichtswinkel ihrer Parteidogmen aus, die Rechte demt etwas realpolitischer, hat aber durch ihre innere Politik das Vorurteil der Massen auch für ihre auswärtige Politik gegen sich. Die Verquickung von Grundbesätzen der inneren Politik, mit denen der auswärtigen ist leider nur in Deutschland vorhanden. Für englische oder französische oder amerikanische Politiker ist es selbstverständlich, daß die auswärtige Politik nichts mit der inneren zu tun hat. So sind selbst französische Marghiloman oder englische Pazifisten Anhänger der auswärtigen Politik ihrer Regierungen, sobald diese Politik Erfolgsmöglichkeiten bietet. Man verzeihe niemals in Deutschland, daß die französischen Marghiloman und die englischen Pazifisten erst mit ihren Forderungen nach Verständigung hervortraten, ad der Niederbrogungsweg ungangbar wurde. Trotzdem aber geben sie durch Bewilligung der Kriegskredite auch weiter ihren imperialistischen Regierungen restlos das Vertrauen. Dort siegt eben das Vaterland über die Partei. Der deutsche Doktrinarismus geht umgekehrte Wege.

Unser politischer Weg ist mit einer Kette von veräuhten Gelegenheiten gesäumt. Wir veräuhten durch Bethmann Hollwegs Selbständigmachung Polens einen Separatfrieden mit Rußland, den Stürmer erstrebt. Wir veräuhten, im Osten Japan an uns zu fesseln. Diese letztere Möglichkeit ist auch jetzt noch nicht ausgeschlossen. Aber dazu bedarf es auch in Europa für und eine Politik, die die Möglichkeiten der Stärkung Mitteleuropas ausnützt und da-

Ein Bündnis zwischen den Mittelmächten und Rumänien?

Wien, 20. März. (B.B.) Nach einer Meldung des Wiener k. u. k. Bureaus melden die Blätter, daß der neue rumänische Ministerpräsident Marghiloman ein Bündnis mit den Mittelmächten anstrebe. Sie äußern sich sympathisch zu diesem Plan und erkennen in ihm sowohl den Beweis, daß Rumänien eingesehen hat, wo sein wahrer Vorteil liegt, wie auch dafür, daß es den abguschließenden Frieden ebenfalls als einen Verständigungsfrieden betrachte. Die rumänische Regierung würde ein Bündnis kaum erstreben, wenn sie den kommenden Friedensschluß als eine Demütigung oder Bedrohung der Lebensinteressen Rumäniens ansehe.

Alexander Marghiloman hat bekanntlich als die Friedensverhandlungen mit Rußland zu Vreschitowitsch begannen, an die damalige Jassyer Regierung Bratianu-Take Jonescu eine Denkschrift gerichtet, in der er in dringlicher Weise darauf hinwies, daß der geeignete Augenblick gekommen sei, um Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten zu beginnen. Die Bevölkerung der Moldau hat erst durch die kürzlich veröffentlichte Unterredung Marghilomans mit dem Vertreter einer Jassyer Zeitung von dieser Denkschrift Kenntnis erhalten. Die Neugierigen Marghilomans haben, wie aus Jassyer Blättern ersichtlich ist, in allen Kreisen der Moldau heißen Eindruck gemacht und haben die Erbitterung gegen die früheren Machthaber ins Grenzenlose gesteigert. Bratianu sowohl als Take Jonescu haben sich unter diesen Umständen genötigt gesehen, auf die Erklärungen Marghilomans zu erwidern. Die Blätter Bratianus geben zu, daß Marghiloman an den früheren Ministerpräsidenten die Warnung gerichtet, habe, die günstige Lage auszunutzen und so rasch als möglich Frieden zu schließen. Bratianu aber hätte diesen Rat nicht befolgen können, solange noch ein Schatten von Hoffnung vorhanden war, daß die Front im Osten Widerstand leisten könne. Die von Take Jonescu gefährten ententefreundlichen Konfessions-Demokraten erklären, daß sie von der Mitteilung Marghilomans keine Kenntnis hatten und daß Bratianu sie wahrscheinlich deshalb nicht verständigte, um nicht schon damals eine Kabinetskrise herbeizuführen, da er wußte, daß die Konfessions-Demokraten entschlossen waren, den Abschluß des Friedens und selbstverständlich auch den Eintritt in Friedensverhandlungen unter keinen Umständen zuzugeben.

Konstantin Stere, früherer Führer der liberalen Partei der Moldau, der einen nicht geringen Teil der Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu seinen Anhängern zählt und der von Anfang an gegen einen Krieg an der Seite der Entente in Wort und Schrift eintrat, schreibt in seiner Zeitung „Dumina“ zu der Ernennung Marghilomans zum Ministerpräsidenten u. a.:

„Es gibt keinen Rumänen, der nicht aus ganzer Seele der Regierung Marghilomans volle Einsicht, ganze Entscheidungsfähigkeit und die Willenskraft wünscht, die nötig

durch Japan den Weg zum Anschluß an einen mitteleuropäischen Block zeigt, der genötigt stark ist als Gegengewicht gegen den englisch-amerikanischen.

Verständigung mit England und Amerika in diesem Augenblicke würde nach den Proben unserer bisherigen Diplomatie uns politisch eine Niederlage bringen. Also gilt es, eine Festlandspolitik zu treiben, die die Führung der politischen Geschäfte an sich bringt. Daß diese Möglichkeit gegeben ist, hat Bismarck gezeigt. Daß diese Möglichkeit nicht benutzt wurde und wird, zeigt der ganze Verlauf der politischen Ereignisse während des Krieges und vor allem der Versuch Englands und Amerikas, die Neutralen gerade in den jetzigen Tagen völlig an ihre Ketze zu legen. Damit versucht London und Washington, Herr des europäischen Festlandes zu werden, wie sich Wilson zum Schutzherrn des Bolschewismus aufwarf. Dagegen haben wir als Haben nur den Ostfrieden und unsere starke militärische Lage zu buchen. Der Rest, der erst mit diesen beiden Faktoren zusammen ein unüberwindbares Volkwerk dem Anglo-Amerikanismus entgegenzusetzen würde, nämlich eine klare Politik, die zielstrebig ist und Fernwirkungen berechnet, fehlt. Und dieses Fehlen wird von allen Parteien Deutschlands petulisch empfunden, ohne daß sie trotz langer Reichstagsreden Mittel anzugeben wußten, wie das Fehlende zu erziehen sei.

Der Daimler-Fall im Reichstag.

Sitzung vom 20. März.

Die Vorlage auf Milderung des Volksschuldengesetzes wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Es folgt die Daimler-Angelegenheit.

Der Hauptausschuß beantragt den Erlaß einer Bundesratsverordnung zur Ueberwachung der für den Seeresbedarf arbeitenden Betriebe. Er schlägt eine Reihe von Bedingungen vor.

sind, das Land in diesen traurigen Zeiten zu leiten. Sollte die Regierung den wahren Weg finden, sollte es ihr gegeben sein, das zu verbessern, was noch verbessert werden kann, und wenigstens die Hoffnung auf eine würdigere und günstigere Zukunft des Landes zu retten, dann wird ihr die Dankbarkeit des Volkes gesichert sein. Was mich persönlich betrifft, so verleihe ich Herrn Marghiloman, wenn ich auch seiner Aufforderung, mit ihm zusammenzuarbeiten, nicht Folge leisten konnte, meiner vollen Unterstützung für das Wohl Rumäniens, das zu verwirklichen er berufen ist.“

Die Frist für Rumänien.

Wien, 20. März. Hasdamlich wird angekündigt, daß die heute, am 19. d. M. ablaufende Frist für den Abschluß des endgültigen Friedensvertrags mit Rumänien stillschweigend verlängert (was nach dem gestrigen Tagesbericht bis 22. März geschehen ist) werden wird, damit Marghiloman sein vierbündnerisches Kabinett bilden könne. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Kabinettsbildung deshalb vielleicht etwas länger dauern werde, weil innerhalb der vierbündnerischen rumänischen Konfessionen ein Zwiespalt bezüglich der Dynastie besteht. Marghiloman wolle den Friedensvertrag durch König Ferdinand unterzeichnen lassen, während Carp und Beliman dieser wegen seiner Mißtrauen an Rumäniens treulos und unheilvoller Politik ausschalten wollten. Gewisse Berliner Meldungen über Einzelheiten der Rumänen aufzuregenden Grenzberichtigungen werden hasdamlich als unverlässlich bezeichnet. Infolge des Ausbruchs der rumänischen Kabinetskrise sei noch gar nicht die Gelegenheit vorhanden gewesen, Rumänien solche Einzelheiten vorzulegen. Eine Ghorin betreffende Grenzberichtigung, die in jener Meldung erwähnt sei, würde gar nicht Rumänien, sondern die besarabische Republik angehen. Von Seiten der Mittelmächte wird die Frage des Verbleibens oder des Austritts König Ferdinands als Erinnerung rumänische Angelegenheit betrachtet, was ja schon daraus hervorgeht, daß an Rumänien im Vorfrieden eine entsprechende Bedingung nicht gestellt worden sei.

Eine Luftpost Wien—Kiew, Budapest—Konstantinopel!

Wien, 20. März. (B.B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: In den nächsten Tagen wird die Luftverbindung zwischen Wien und Kiew mit Stationen in Krakau und Lemberg, ferner der Luftverkehr von Budapest über Bukarest nach Odessa und schließlich nach Konstantinopel eingerichtet werden. Vorerst soll die neue Luftverbindung zur dienstlichen Beamtung der Post zwischen den Zentralstellen und auf Erfassung und Ueberweisung der für Oesterreich-Ungarn in Betracht kommenden Getreidebestände in der Ukraine gerichteten Mission des Grafen Jordach dienen. Nach kurzer Erprobung soll die Luftpost für den öffentlichen Postverkehr frei gegeben werden.

Abg. Dieckhoff (f.W.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Veranlassung zu vorliegenden Anträgen geben die Daimlerwerke in Stuttgart.

General v. Krissberg: Das Strafverfahren in der Daimlerfrage ist wegen veräuhten Betruges und Kriegsmischer eröffnet worden. Das Schreiben, in dem eine Einschränkung des Betriebes angedroht ist, ist dem Oberreichsanwalt zur Untersuchung zugeführt worden, ob etwa veräuhter Landesverrat vorliege. Die Daimlerwerke haben stets hohe Qualitätsarbeit geleistet, was wir weniger der kaufmännischen als der technischen Leitung zu verdanken haben. Gerade deshalb mußten wir einer Einschränkung der Produktion vorbeugen. So wurde dieses Schreiben der äußere Anlaß, auf Grund des § 9b. des Belagerungszustandsgesetzes einzuschreiten. Die Militarisierung erfolgt nicht lediglich auf Grund der inzwischen bekannt gewordenen Anzeigen eines ehemaligen Beamten der Firma, sondern auch auf Grund der ganzen Vorgänge in Verbindung mit dieser Anzeige. Die Firma verlangte einen weiteren Preisausschlag von 10 %, der aber tatsächlich einen durchschnittlichen Ausschlag von 50 % gegenüber den Preisen zu Beginn des Krieges bedeutet. Die Preisausschläge wurden abgelehnt, weil die Firma infolge ihres ungeheuren Umsatzes offenbar einen übermäßigen Gewinn zu erzielen vermochte und dann die Preisprüfungsstelle durch die Verweigerung der Kalkulationsunterlagen die Angemessenheit der Preise nicht beurteilen konnte. Auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes konnte erst eingeschritten werden, als die Leistungen der Firma herunterzugehen drohten. Es wird und muß Klarheit geschaffen werden. Man lasse aber den Richter sprechen und greife ihm nicht vor. (Vanganhaltender Beifall.)

Abg. Erzberger (Str.): Die deutsche Industrie hat glänzende Leistungen vollbracht trotz aller Schwierigkeiten des Krieges, ebenso Mittelstand und Handwerk. Unnütze Schwierigkeiten sollte man ihnen freilich ersparen. Das glänzende Bild der deutschen Industrie hat aber auch seine

Schattenzeiten. Dem hat in den ersten Kriegsmomenten die Preisfrage keine ausschlaggebende Rolle gespielt. Aber es war mehr Boraussetzung hätte man doch wachen lassen sollen. Wir werden dann um hunderte von Millionen reicher. Ein planmäßiger Abbau der Preise bis zum Friedensstand muß beim Eintritt der Übergangswirtschaft unser Ziel sein. Die Erklärungen der Daimlergesellschaft sind irreführend. Die Streikandrohung der Gesellschaft ist umso gefährlicher als sie einen großen Teil der Flugzeugmotoren baut. Wenn gegen Arbeiter, die gestreikt haben, gerichtliche vorgegangen wurde, dann muß auch rücksichtslos vorgegangen werden gegen eine große Aktiengesellschaft. Leider gibt es nicht bloß einen Daimler im deutschen Reich. Ein ganz erheblicher Teil der Schuld trifft das Kriegeministerium. Die unendliche Geduld hat man bisher an ihm noch nicht gekannt.

Generalleutnant v. S. o. u. p. e. i. t. e.: Das Waffen- und Munitionsbeschaffungswesen ist an dieser Angelegenheit unmittelbar beteiligt und fortgesetzt bemüht. Nebenstände, die sich bei dem Lieferungsweesen gezeigt haben, zu beseitigen. Jetzt werden einheitlich die Kapazitäten bestimmt und die Mengen, die benötigt werden, die Liefosten und die Gewinne werden aufgestellt. Es ist die Frage, soll man jedem einzelnen Werk einen Preis für sich oder soll man einheitliche Preise festsetzen? Bei Massenartikeln, die in Tausenden von verschiedenen Betrieben hergestellt werden, sind wir vielfach zu Einheitspreisen übergegangen, aber nicht überall, z. B. bei Pulver, bei Sprengstoff und vielen anderen Stoffen haben wir die Preise für die einzelnen Fabrikate festgesetzt.

Abg. N. o. s. t. e. (Soz.): Die jüngste Bundesratsverordnung wird ein Ver-Daimler sein. Es handelt sich hier um gemeingefährliche und schamlose Auswucherungsversuche. Dem Daimler-Werk schlichen sich andere würdig an, die aus der Not des Volkes unerhörte Profite und Milliardengewinne herausmünzen. Ein Teil dieser Leute muß dem Reich wieder zugeführt werden. Diese Leute sind die eifrigsten Treiber der Vaterlandspartei. (Hört, hört!) Sie wollen weiter

Ströme des Blutes anderer fließen lassen, wenn ihre Gewinne beschränkt werden, wollen sie sich nicht an der Kriegs-anleihe beteiligen.

Abg. G. o. t. h. e. i. n. (F. B.): Der Reichstag hat immer die Beseitigung der Monopole einzelner Firmen verlangt. Es grenzt an Bestechung, wenn Großindustrielle jetzt schon Vorteile der Kriegsgesellschaften und Kriegsämtern mit hohen Gehältern für die Friedenszeit engagieren. Das Hindenburg-Programm stellte zu hohe Anforderungen an die Umstellung der Industrie. Auch wir wünschen den Abbau der Preise. Wir müssen die Kaufkraft des Geldes wieder heben, sonst schneiden wir auf den Auslandsmärkten schlecht ab.

General v. S. c. h. r. o. t. h.: Wir wurden im Frieden immer aufgefordert, den kaufmännischen Geist bei der Heeresverwaltung einzuziehen zu lassen. Wir haben das getan. Nun sollen wir ihn wieder austreiben. (Heiterkeit.) Der Fall Daimler wird im Unterausschuß noch weiter behandelt werden.

Das Haus verliert sich.

Freitag 12 Uhr: Notrat, Kreditvorlage, Friedensvertrag mit Rumänien, Weiterberatung der Daimler-Angelegenheit.

Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, 20. März. Der Hauptauschuß genehmigte heute zunächst den Nachtragsetel, in dem für den Neubau der Reichsbauverwaltung 8,5 Millionen Mk. angefordert werden. Bei der Erörterung der Friedensverträge ergriff Abg. E. r. z. b. e. r. g. e. r. (Ztr.) um Ausschluß darüber, was die Reichsleitung gegenüber dem Druck der Entente auf Holland zu tun gedenke. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde diese Aussprache, bei der Unterstaatssekretär von dem Bussche Auskunft gab, als vertraulich erklärt.

Der Konflikt mit Holland.

Admiral Koch zum holländischen Konflikt.

Berlin, 19. März. Der stellvertretende Chef des Admiralsstabes, Admiral Koch empfing heute einen Vertreter von Wolffs Telegraphen-Bureau und machte in der Unterredung mit ihm u. a. folgende Ausführungen: Das gewaltsame Vorgehen der Verbandsmächte, besonders die im letzten Augenblick ausgesprochene Forderung, daß der dem Verband zur Verfügung gestellte Schiffsraum auch innerhalb des Sperrgebietes fahren müsse, ist das beste Zeichen für die bei ihm herrschende Notlage. Die Vereinigten Staaten haben für ihr Vorgehen noch einen anderen Grund, sie benutzen den Krieg, um sich eine eigene Handelsflotte zu schaffen, deren Deckung sie bisher als einen schmerzlichen Mangel ihrer wirtschaftlichen Weltstellung empfanden. England kennt diese Absicht und versucht selbstverständlich, die durch den U-Bootskrieg in seine Handelsflotte und Seehandelsbeziehungen gerissenen gewaltigen Wunden durch Einstellung des beschlagnahmen neutralen Tonnenraumes auszufüllen. Wegen der herrschenden dringenden Schiffsraumnot gelingt es ihm indessen schon jetzt nicht mehr, die neuen Wettbewerber, in der Hauptsache die Vereinigten Staaten und Japan, von den englischen Interessengebieten und den wertvollsten englischen Märkten fernzuhalten. Nach dem bewährten Grundsatze, daß man sich als Dieb am vorteilhaftesten unter die Menge mischt und halbet den Dieb! ruft, versuchen die Verbandsmächte jetzt, besonders in der neutralen Öffentlichkeit, die Aufmerksamkeit der Welt von ihrem Treiben dadurch abzulenken, daß sie Deutschland derselben Bestimmung und der gleichen Handlungen beschuldigen, die sie selbst augenblicklich begehen. Das amerikanische Kriegshandelsamt verbreitet amtlich die Nachricht, Deutschland beabsichtige mit dem U-Bootskrieg, die Neutralen, und damit die ganze Welt, auszuhungern, und wolle seine U-Boote besonders gegen die neutralen Handelsflotten ansetzen, um sich auf der See diesen gegenüber nach Friedensschluß wettbewerbsfähig zu halten. In beiden Behauptungen erkennt man leicht das getrene Spiegelbild der beiden erwähnten englischen und amerikanischen Absichten, die einfach Deutschland untergeschoben werden. Es fällt in der Tat schwer, die Ausstreuung ernst zu nehmen, daß Deutschland diesen furchtbaren aller Kriege eigentlich nicht gegen seine Feinde, sondern, viellecht weil es deren nicht genug besitzt, gegen die Neutralen führe, und daß es ein Mittel, nämlich die Absperrung der Neutralen von aller Zufuhr, das der Verband zur Nahrungszwang Deutschlands anwendet, jetzt zu seiner eigenen Bestimmung gegen sich selbst gebraucht. Ich kann es mir erlauben, nochmals eingehend an der Hand der Tatsachen nachzuweisen, daß die neutralen Länder nicht durch den U-Bootskrieg der sich gegen die Zufuhr nach England, Frankreich und Italien richtet, sondern dadurch in wirtschaftliche Notlage geraten sind, daß die Vereinigten Staaten vor gemaßter Zeit Ausfuhrverbote für Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel und andere notwendige Waren nach den europäischen neutralen Ländern erlassen haben, um einerseits die Zufuhr solcher Waren von seiten der Neutralen nach Deutschland zu verhindern, andererseits die Neutralen durch Hunger und Not zu zwingen, ihren Schiffsraum auszuliefern, wie dies jetzt vor den Augen der Welt geschieht. Der Zweck der vom Verband gerade jetzt eingeleiteten Hege gegen Deutschland liegt auf der Hand. Man muß indessen schon die auf diesem Gebiet bewährte Fähigkeit der Verbandsregierungen besitzen, um die neutrale Welt für eine politische Aderströmung zu halten, in der man immer wieder mit großem Erfolge das Märchen vom schwarzen Wanne erzählen kann.

Der deutsche Vorschlag während der Verhandlungen.

Amsterdam, 20. März. Wie die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vernimmt, hatte die deutsche Regierung, um die Versorgung Hollands mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu erleichtern, während der Verhandlungen zwischen Holland und den kriegführenden Mächten sich damit einverstanden erklärt, daß der niederländische in niederländischen Häfen liegende Schiffsraum unter folgenden Bedingungen in die Fahrt komme:

Die deutsche Regierung gibt den ausfahrenden Schiffen Freigeleit. Um damit in der Praxis einen Anfang zu machen, sollen binnen Kurzem 15.000 Tonnen Schiffsraum, die in Holland liegen, ausfahren. Zum Ausgleich muß niederländischer Schiffsraum, der jetzt in nicht-europäischen Häfen liegt, in die Fahrt gebracht werden. Deutschland stimmt dem zu, daß diese Auswechslung auf der Grundlage von wechselseitiger final clearance stattfinde, d. h. von deutscher Seite wird nicht darauf bestan-

den, daß die holländischen Schiffe aus den Verbandshäfen erst in Holland angelangt sein müssen, ehe ein niederländisches Schiff freigeleitet zur Ausfahrt aus einem niederländischen Hafen bestimmt. Die deutsche Regierung leistet Gewähr, daß die final clearance die freie Fahrt dieser Schiffe bis zum Bestimmungshafen sicherstellt. Dieselbe Bürgschaft für final clearance müssen auch die assoziierten Regierungen geben.

Eine neue Erklärung Londons.

Amsterdam, 20. März. (W. B.) Der Minister des Äußeren London gab heute in der Zweiten Kammer nochmals über die Haltung der niederländischen Regierung in der Schiffsfrage eine Erklärung ab. Nach vorliegenden Blättermeldungen, sagte der Minister, hatte die Regierung anfänglich die Absicht, die Bedingungen der assoziierten Regierungen zurückzuweisen, daß sie aber nach gründlicher Beratung wieder davon abkam und die Bedingungen angenommen habe. Sie habe in Washington gegen die Forderung, die Schiffe zu beschlagnahmen, protestiert. Der Minister gab nochmals einen sehr ausführlichen Bericht über die Verhandlungen und sagte, er stelle den assoziierten Regierungen die Bedingung, daß die Einfuhr von 400.000 Tonnen Weizen gesichert werde, daß aber 100.000 Tonnen sofort geliefert werden sollten. Dieser Weizen wird durch niederländische Schiffe eingeführt werden. Der Minister hofft, daß Deutschland kein Hindernis in den Weg legen, sondern eine breite Fahrtrasse für holländische Schiffe offen lassen wird. Das Holtung Hollands reihe nicht im Widerspruch zur Neutralität. Die Regierung hätte die Forderungen der Alliierten leicht zurückzuweisen können, sie hätte sich damit den Beifall des Volkes gesichert, aber sie dürfe sich nicht mit solchen augenblicklichen populären Erfolgen begnügen, da sie weiter sehen müsse und Sinne, wie das Volk und die Volksvertretung. Der Minister schloß, indem er sagte, daß die Regierung keinen Schritt weiter gehen werde, als bisher.

Die holländisch-englischen Verhandlungen.

London, 20. März. (W. B.) Das Neuterrische Bureau erzählt, daß der englischen Regierung bis gestern Nachmittag noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen war. Es lag auch weder eine Bestätigung des britischen Gesandten im Haag, noch eine des niederländischen Gesandten in London vor, daß die niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notifikation nach dem Haag gesandt worden, nach der die Alliierten mangels der unabweislichen Annahme der Note der Alliierten zu der sofortigen Beschlagnahme der Schiffe schreiten müßten. Da ein Telegramm aus Holland den Anschein erweckte, als habe die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte von neuem betont werden, daß der bloße Versuch der zögernden Annahme dem „modus vivendi“ vom vergangenen Januar von seiten Hollands der Sachlage nicht gerecht wird, da sich die Situation von Grund aus geändert hat.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ nennt mit Recht dieses Neuter-Telegramm überraschend und unerklärlich. Gestern war bereits in bestimmtester Form an unterrichteter Stelle berichtet worden, daß England nicht nur bereits im Besitz der holländischen Antwort sei, sondern daß die englische Regierung schon zu erkennen gegeben habe, daß sie die niederländischen Bedingungen nicht annehme und daß die Entente-regierungen darauf beständen, die niederländischen Schiffe in der Gefahrenzone zu bewaffnen und zu Munitionstransporten zu verwenden.

Amerika laert.

Haag, 20. März. Reuter meldet aus Washington: Mit der Requirierung der niederländischen Schiffe in den amerikanischen Gewässern wird nun noch auf ein Wort aus London gewartet. Die Beamten erklären, daß mit der tatsächlichen Beschlagnahme der Schiffe nicht eher begonnen wird, bevor die niederländische Antwort in Washington eingetroffen ist. Indessen sind die Vorbereitungen soweit gediehen, daß im Augenblick der Bekanntgabe auch die Beschlagnahme beginnen kann. Wilson unterzeichnete gestern eine Proklamation, in der die Beschlagnahme und die Gründe dafür bekannt gegeben werden. Diese Proklamation kann jeden Augenblick veröffentlicht werden.

Die Kriegskredite.

Der Reichstag hat in diesen Tagen wieder über eine Kriegskreditsforderung von 15 Milliarden Mark zu beschließen. Durch diese Kreditforderung, die erste seit Kriegsbeginn, wächst die Summe der Kriegskredite auf 124 Milliarden Mark. Die Liste der Kreditforderungen zeigt folgendes Bild: August 1914: 5 Milliarden Mark; Dezember 1914: 5 Milliarden; März 1915: 10 Milliarden; August 1915: 10 Milliarden; Dezember 1915: 10 Milliarden; Juni 1916: 12 Milliarden; Oktober 1916: 12 Milliarden; Februar 1917: 15 Milliarden; Juli 1917: 15 Milliarden; Dezember 1917: 15 Milliarden; März 1918: 15 Milliarden Mark. Zusammen 124 Milliarden Mark.

Steczkowskys Verhandlungen zur Kabinettsbildung.

Wien, 20. März. Krakauer Blätter berichten aus Warschau: Der ehemalige Finanzminister Steczkowski hat sich infolge günstigen Ergebnisses seiner Reise nach Berlin und Wien entschlossen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Er hat die Verhandlungen mit einzelnen Parteien schon aufgenommen, und die Frage der Einberufung des Staatsrates und der Durchführung der Wahl zum Staatsrat ist wieder aktuell geworden.

Die Französische Kammer und der Luftkrieg

Genf, 20. März. Nachdem der Ministerrat gestern früh einen Gegenentwurf gebilligt hatte über die Entschädigung für die durch die Explosion der Kriegswerkstätten entstandenen Zerstörungen, verlangte der Minister des Innern am Nachmittag in der Kammer einen dringlichen Kredit von 5 Millionen für die Opfer der letzten Explosionen von Courneuve, Roullins und Reuville an der Saone. Der Sozialist Laval hielt diese Forderung für ganz ungenügend angesichts der Zahl der Opfer und verlangte 20 Millionen. Die Kammer lehnte diesen Antrag mit 389 gegen 135 Stimmen ab und nahm die Ziffer von 5 Millionen an, nachdem der Finanzminister Rioz erklärt hatte, daß es sich zunächst nur um das dringendste Hilfswort handle. — Der Sozialist Raheras begründete sodann seine Interpellation über die Vergeltungsbeschlüsse durch die Flieger. Er versicherte, Clemenceau haben gegenüber dem Vorstand des Pariser Gemeinderats die Beschießung der Zivilbevölkerung als Mord bezeichnet und hinzugefügt, er wolle kein Mörder werden. Der Interpellant fragt, ob Clemenceau mit dieser Äußerung die Vergeltungsmethoden verwerfen wollte. Der Ministerpräsident stellte sich der Kammer zur Verfügung für die Beantwortung der Interpellation, hielt es aber für angezeigt, die Diskussion zu vertagen, bis er sich vor der Armeekommission habe aussprechen können. Die Kammer vertagte darauf die Interpellation mit 386 gegen 126 Stimmen. Der Sozialist Laval interpellierte sodann die Regierung über die Explosion von La Courneuve. Er betonte, daß dieses Bombenlager im Jahr 1916 angelegt worden sei. Es sei für eine halbe Million Granaten bestimmt gewesen, habe aber tatsächlich 15 Millionen enthalten. Das Platzkommando habe wiederholt die Regierung auf die Gefahr für die Umgebung aufmerksam gemacht, und es sei geradezu überraschend gewesen, daß die feindlichen Flieger diese Munitionswerkstätten im Norden von Paris noch nicht heimgesucht hätten. Der Redner verlangte eine strenge Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen. Der Abteilungsminister Loucheur gab eine nächtliche Antwort. Er bestritt die Überlastung der Anlage von La Courneuve nicht, versicherte aber, daß die Einrichtung von Entlastungswerkstätten bereits im Gange gewesen sei. Der Minister gibt zu, daß eine Fahrlässigkeit vorliegt; er werde nach Abschluß der Untersuchung die strengsten Maßnahmen ergreifen. Er versicherte, daß die Arbeit im größten Teil der Werkstätten in etwa zehn Tagen wieder aufgenommen werden könne. Aus der Rede des Ministers geht auch hervor, daß von La Courneuve aus die Front direkt mit gefüllten Granaten versorgt wurde und daß sich infolge einer Störung auf der Eisenbahn die Granatenmengen in La Courneuve angehäuft hätten. Die Kammer nahm schließlich mit 389 gegen 66 Stimmen eine Tagesordnung an, die das Vertrauen auspricht, daß die Regierung die Rückkehr ähnlicher Katastrophen verhüten und alle Schuldigen bestrafen. Die Kammer vertagte sich sodann auf Donnerstag.

Verurteilung der deutschen Flieger.

Bern, 20. März. (W. B.) Dem „Matin“ zufolge wurden bei dem zweiten Luftangriff auf Paris die abgeschossenen deutschen Flieger Graf Scheibler aus München-Stadbad, Leutnant Freiherr v. Weinsingen und Feldwebel Wulf aus Oldenburg vorgeführt auf dem Friedhof von Chateau Thierry bestattet.

Lord Lansdowne über den Völkerbund.

Amsterdam, 20. März. Im englischen Oberhaus brachte Lord Parmoor einen Antrag ein, der sich grundsätzlich für einen Völkerbund und einen internationalen Gerichtshof, der bindende Beschlüsse zu fassen hätte, ausspricht. Lord Lansdowne begründete den Antrag in einer längeren Rede: Ein Völkerbund, sagte er, müsse einmal allen bedeutenden Staaten offenstehen und sie in sich aufnehmen und zum ändern eine ausreichende ausführende Gewalt erhalten, damit er seine Beschlüsse auch durchsetzen könne. Die Mittelmächte gehörten in diesen Bund hinein, weil das das beste Mittel sei, in Deutschland, wo man mit friedlichen Besprechungen stets Spott getrieben habe, den Militarismus zu vernichten. Gewisse schwierige Fragen, im besonderen territorialer, regle man besser vor Kriegsende, da der Völkerbund dafür wenig geeignet sei. Der Bund werde der gestifteten Welt den Frieden sichern, jedenfalls die Wirkung haben, daß bei drohenden Gefahren erst einmal Besprechungen angeknüpft würden, wodurch sich sehr häufig die Gefahren beseitigen ließen. Im Augenblick seien die Vorzeichen für die Stiftung eines solchen Bundes sehr günstig. Das günstigste Vorzeichen sei die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten sich mit der Frage beschäftigten. Es gebe kein Land, das eine kräftigere wirtschaftliche Waffe handhaben könne als die Vereinigten Staaten, wenn sie das wollten. Wilson habe mehr als einmal erklärt, daß eine Nation, die dauernd den Frieden säure, nicht zu dem Bunde zugelassen werden dürfe, und daß es unter diesen Umständen unmöglich sei, Deutschland an dem freien wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen zu lassen, der die unvermeidliche Folge eines wirtschaftlichen Friedensbundes sein müßte. Der Einwand, daß man Deutsch-

Die Tagesberichte.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 21. März, abends. (W. B. Amtlich.)
Von den Kriegshauptstäben nichts Neues.
Auch bei Verdun ließ der Artilleriekampf bei Regen und Nebel an Heftigkeit nach.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 20. März. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:
Keine besonderen Kampfhandlungen. Der Waffenstillstand mit Rumänien ist bis zum 22. März verlängert worden.

ren Ansehen 30 Millionen M. zeichnen und zwar 5 Millionen M. für sich, 20 Millionen M. für die Kassatische Sparkasse und ihrer Später und 5 Millionen M. für den Bezirksverband und seine Institute.

Stadt. höh. Mädchenschule. Am Samstag, den 16. ds. Mts., fand unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Studienrates Dr. Horn in Frankfurt a. M. die Uebergangsprüfung statt. Reim Schülerinnen E. Altenburg, H. Braum, G. Engelbert, J. Heuser, E. Paparose, H. Reinhard, G. Rohde, E. Walter, E. Weibel nahmen daran teil. Alle bestanden und erlangten damit die Berechtigung zum Eintritt in Klasse I der Lyzeen ohne besondere Aufnahmeprüfung. — Die Stadt. höhere Mädchenschule, die gegenwärtig 103 Schülerinnen in 6 Stufen hat, arbeitet nach dem Lehrplane der Lyzeen. Ihr Ziel ist die Reife der Schülerinnen für die erste Klasse eines Lyzeums. Der Nachweis der Reife wird durch eine Prüfung in der hiesigen Schule erbracht. Ausnahmeprüfungen auswärts fallen damit fort. Der erfolgreiche Besuch der 1. Lyzeumklasse verleiht mancherlei Berechtigungen, die für die spätere berufliche Vorbereitung wichtig sind. Schülerinnen, die den Schulbesuch aus Klasse I der höheren Mädchenschule beenden, erhalten ein Abgangszeugnis, das ihnen gewisse Berechtigungen für die Zulassung zur Berufsausbildung verleiht. — In die Schule werden Mädchen nach dreijährigem Besuche der Volksschule aufgenommen; Schülerinnen ländlicher Schulen tun gut, erst nach vierjährigem Volksschulbesuche einzutreten. Die in der Aufnahmeprüfung nachzuweisenden Kenntnisse sind in der Bekanntmachung in der heutigen Nummer angeschlossen. Nur solche Eltern sollten sich entschließen, ihre Mädchen die höhere Mädchenschule besuchen zu lassen, die gewillt sind, den Schulbesuch wenigstens 5 Jahre dauern zu lassen.

Deutsche Worte Deutsche Gedanken.

Und die Träger der Werberbeit des Vereins Deutscher Zeichnungs-Verleger zur 8. Kriegs-Anleihe. In rasch ziehen die Ereignisse unserer bewegten Zeit an uns vorbei; in wenig kommt der Mensch zur Sammlung. Da sollen die „Deutschen Worte“ und deutschen Gedanken aus zum Nachdenken anregen, unsere Anschauung vertiefen und uns auf den richtigen Weg führen. Diese Aufgabe hat sich die deutsche Presse gestellt, um das Verständnis zu wecken für die Forderungen der neuen eisernen Zeit.

wärtig 103 Schülerinnen in 6 Stufen hat, arbeitet nach dem Lehrplane der Lyzeen. Ihr Ziel ist die Reife der Schülerinnen für die erste Klasse eines Lyzeums. Der Nachweis der Reife wird durch eine Prüfung in der hiesigen Schule erbracht. Ausnahmeprüfungen auswärts fallen damit fort. Der erfolgreiche Besuch der 1. Lyzeumklasse verleiht mancherlei Berechtigungen, die für die spätere berufliche Vorbereitung wichtig sind. Schülerinnen, die den Schulbesuch aus Klasse I der höheren Mädchenschule beenden, erhalten ein Abgangszeugnis, das ihnen gewisse Berechtigungen für die Zulassung zur Berufsausbildung verleiht. — In die Schule werden Mädchen nach dreijährigem Besuche der Volksschule aufgenommen; Schülerinnen ländlicher Schulen tun gut, erst nach vierjährigem Volksschulbesuche einzutreten. Die in der Aufnahmeprüfung nachzuweisenden Kenntnisse sind in der Bekanntmachung in der heutigen Nummer angeschlossen. Nur solche Eltern sollten sich entschließen, ihre Mädchen die höhere Mädchenschule besuchen zu lassen, die gewillt sind, den Schulbesuch wenigstens 5 Jahre dauern zu lassen.

Frankfurt a. M., 19. März. (W. B.) Die Kriegsamtstelle teilt mit: Es ist dringend erforderlich, daß im Interesse des beschleunigten Wagnisaustausches auch während des Karfreitags und während der Ökertage angediente Eisenbahnwagen pünktlich entladen und Störungen im Verkehr auf alle Fälle vermieden werden. Dies gilt auch besonders für die Anschlußgleis-Inhaber. Es wird hierbei auf die Verordnung des Herrn stellv. Kommandierenden Generals vom 9. 12. 16

„Jedenfalls tut euch eine Tasse heißer Kaffee recht gut. Was du für rote Wangen hast, Elia.“
„Es war wunderschön draußen auf dem See.“
„Ja, Mutterle, und ich habe Elia täglich ein solches Ruderschiff besorgt, dann soll sie doch ihre frischen Farben wiederhaben. Oh! Wie duften die Wäffeln köstlich. Das Elia! Wir schlugen eine Schlacht. Es hat doch niemand nach mir verlangt, Mutter?“
„Nur die Köchin vom Amtsdirektor Reiser war da.“ Sie hat sich den linken Arm mit kochendem Wasser verbrüht und hatte eine große Brandblase.“
Ernst lachte.
„Und die hast du natürlich in Behandlung genommen, Mutterle, dafür kenne ich dich.“
„Soll ich sie vielleicht warten lassen, bis du wieder nach Hause kommst? Wäre ja schlimm, wenn ich mich nicht auf solch einen Brandschaden verstehen würde.“
„Siehst du, Elia — so ist Mutter nun, die interessantesten Fälle nimmt sie mir vor der Nase weg.“ scherzte Ernst.
„Junge, soll ich dich bei den Ohren nehmen?“ drohte die alte Dame.
Er duckte sich und schüttelte die gefährdeten Ohren mit den Händen.
„Danke, die sind ohnedies schon groß genug, wahrscheinlich hast du mich, als ich noch ein zartes, weiches Kind war, zu oft daran gezogen.“
Sie lachten alle drei, und Dörte, die den Kaffee brachten, lachte mit.
„Schließlich saßen sie zusammen und plauderten. Es war wirklich noch viel traulicher als zuvor im Doktorhäuschen, seit Elia da war. Und Elia hatte sich von dieser Behaglichkeit einspinnen lassen, so daß sie ihr Leid weniger schmerzhaft empfand. Aber heute dachte sie zum ersten Male wider ernsthaft daran, daß sie nun bald wieder fort mußte!“

Das Wetter blieb schön und Elia und Ernst ruderten fast jeden Tag auf den See hinaus.
Heimlich hatte Elia nach einer Stellung geschrieben auf eine Annonce in einer Zeitschrift. Bisher hatte sie aber keine Antwort erhalten.
Eines Tages, als sie mit Ernst vom Rudern heimkehrte, kam ihr Dörte im Garten entgegen.
„Fräulein Elia — es ist ein Brief für Sie angekommen.“
Elia dachte sofort an Ihre Offerte.
„Ein Brief für mich?“ fragte sie, ohne Ernst dabei anzusehen.“

„Ja, ein Bote aus dem Kaiserhof hat ihn gebracht.“
Elia sah erschaut auf.
„Ein Bote aus dem Kaiserhof — aus dem Hotel?“
„Ja, er wollte gleich auf Antwort warten, aber ich habe ihm gesagt, daß Sie nicht zu Hause sind, und er soll nun in 'ner Stunde wiederkommen. Der Brief war eigentlich an Herrn Doktor adressiert, und weil Frau Doktor dachte, es verlangt jemand nach dem Arzt, öffnete sie das Kuvert, weil darauf stand: „Gleich öffnen!“ Es lag aber ein anderer Brief darin, an Fräulein Elia adressiert.“
Elia schüttelte verwundert den Kopf.
„Das muß wohl ein Irrtum sein.“
„Du wirst es ja gleich erfahren, Elia. Geht nur hinein, ich mache das Boot erst fest,“ sagte Ernst.
Aber Elia blieb stehen, bis er fertig war.
„Es wird nicht so eilig sein,“ sagte sie ruhig.
Dörte erzählte unmaßlich die ganze Geschichte noch einmal. Nebeneinander schritten sie über den mit frischem Nies bestreuten Weg.
Dörte ging, als sie das Haus erreicht hatten, in die Küche zurück.
„Der Brief liegt auf dem Kaffeetisch,“ rief sie Elia noch zu.
Dörte nickte.
„Es ist gut, Dörte, ich danke Ihnen,“ sagte sie freundlich. Tränen im Wohnzimmer sah auch heute Frau Doktor Heinzins am Kaffeetisch. Und neben Elias Tasse lag der Brief.
Sie sah, ahnungslos, von dem er kam, danach. Aber bei dem ersten Blick auf die Adresse suchte sie erschrocken zusammen.
„Rein Gott!“ rief sie erblassend, und ihre Hand zitterte. Mutter und Sohn sahen sie bestürzt an.
„Was ist dir, Elia?“
Diese war fassungslos in einem Sessel gesunken und sah mit bangen Augen auf den Brief herab. Dann hob sie das Gesicht begegnete den besorgten Blicken von Mutter und Sohn.
„Ihr seht mich bestürzt,“ sagte sie leise und hastig. „Dieser Brief — ich kenne die Handschrift nur zu gut — er ist von Fürst Alexander Salkow.“
„Von ihm?“ fragte Ernst betroffen, und seine Mutter sah besorgt in Elias blaßes Gesicht.
„Ja — von ihm. Wie ist das möglich?“ sagte das junge Mädchen ganz fassungslos.
„So lies doch, Elia,“ drängte Tante Johanna unruhig. Elia drückte die Hand beruhigend auf das wild klopfende Herz und öffnete dann mit einem zitternden Seufzer den Brief.
(Fort. folgt.)

nicht vertrauen könne, gelte nicht, da niemand darauf sich auf ein deutsches Versprechen oder eine deutsche Schrift zu verlassen. Der Kern des Vorschlags liegt darin, daß die angeschlossenen Völker sich in einem Umfang ihrer souveränen Rechte verweigern und eine Abmachung treffen über internationale Rechtsverhältnisse, welche eine wirksame Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn schon bewiesen sei, daß eine unheilvollere Veränderung vorhanden sei um jeden Preis habe Krieg haben wollen, so wäre hätte damals ein Völkerbund bestanden, den Frieden vielleicht möglich gewesen, das Unheil abzuwenden. Befreht wäre es, den Abhängigkeitsgedanken zu eng den Völkerbundsgedanken zu verbinden. Die Abhängigkeit würde automatisch folgen, da alle demokratischen Völker der Bewahrung würde seien. Ein Völkerbund sei es unmöglich, kommende Geschlechter zu bewahren, was jetzt geschieht.

Die Neugestaltung in Rußland.

Stockholm, 19. März. (T. U.) Am Kossau nicht zu verlassen und vier ähnliche Zustände der Lebensweise herbeizuführen, wie sie in Petersburg herrscht, haben die russische noch vorhanden sind, haben sich nicht alle, sondern einige der aus Petersburg herausgezogenen Behörden Kossau niederschreiben, während die weniger wichtigen Abteilungen und Kommissariate ihren Sitz in der Umgegend verlegten. — Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt trotz des vor kurzem erlassenen Verbotes täglich Tausenden von Menschen verlassen wird. — Die Archive verschiedener Ministerien sind, damit sie nicht erst fortgeschafft werden müssen, verbannt worden. Nur die Archive des Ministeriums des Innern und des Außern wurden nach Moskau gebracht.

Der anstelle der unterdrückten Zeitung „Metich“ wieder erscheinende „Rasch Biel“ widmet der Ratifikation des Friedensvertrages von Bresl-Ditowitsch einen Leitartikel aus der des freigelassenen Plechanow, worin ausgeführt wird, angeachtet aller anderen Ansichten das russische Volk seine Zustimmung und die Ratifikation des Friedensvertrages vorläufig annehmen sollte. Der Friede, so heißt es dem Artikel, ist das beste Mittel zur Vorbereitung der Demobilisation soll zugleich mit der Mobilisation durchgeführt werden, in keinem Fall soll aber weniger als 1200000 Mann unter den Waffen bleiben.

Berlin, 19. März. (W. B.) „Progres de Lyon“ meldet, daß in Moskau zahlreiche Bolschewikführer für eine abermalige Verlegung des Regierungssitzes in den Uralen. Man spricht von Nischni Nowgorod oder Perm.

General Mannerheims Offensiv.

Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ ist in der gestrigen Verhandlung der Antrag des Vorsitzenden Trebelhan auf Verlegung einer Rändigen Kommission für ausserordentliche Angelegenheiten eingebracht worden.

Kopenhagen, 20. März. Wie eine Drahtmeldung aus Moskau besagt, ist die Offensiv des Generals Mannerheim in voller Entfaltung. Der allgemeine Angriff auf Sammersors und Björneberg hat nunmehr begonnen. Mit einer Umgehungsbewegung wurde die wichtige Eisenbahnlinie eingenommen, die in der unmittelbaren Nähe von Sammersors liegt. Mit dem Fall von Sammersors, der den Augenblick erwartet wird, sind auch andere wichtige Punkte für die Roten Garde verloren.

Die „Antonposten“ aus Wala erzählt, ist das Hauptquartier der Weißen Garde gestern nach Saapamaki verlegt worden. Nach der gleichen Quelle ist an der ganzen Front die große Schlacht im Gange. Bei Bilppula haben die Weißen Gardeisten zur Offensiv über Orimäki und einige andere Orte sind bereits von ihnen genommen.

Lokales und Provinzielles.

Auf die 8. Kriegs-Anleihe wird die Kassatische Landesbank in Wiesbaden wie bei den früheren

Ich lasse dich nicht.

Original-Roman von G. Courths-Wahler.

(44. Fortsetzung.)

Elia seufzte und sah mit einem sehnsüchtigen Blick ins Fenster. Aber gleich hatte sie sich wieder in der Gewalt. Sie wollte nicht aufhören.
„Sieh — so schlecht kenne ich dich — mir war, als fühlte ich die Wärme Brand nicht ungerne.“
„Doch ich auch nicht, Elia. Sie ist ein Mädel, das man nicht misshandeln darf. Und in manchen Kleinigkeiten erinnert sie mich an dich. Aber — so ein Mädel kann doch nicht verlangen, daß man sie um der paar zufälligen Behaglichkeiten mit anderen gerat, nicht wahr? Es wäre wirklich am liebsten, du bleibst bei uns. Wie ich dich kenne, Elia, so würdest du sicherlich einen andern heiraten — und der würde dich nicht so sehr lieben. Wir zwei würden einander immer prächtiger verstehen. Du solltest dich überreden lassen, es ist mir direkt ein peinlicher Gedanke, daß du wieder fremden Leuten gehen willst. Hier ist deine Heimat.“

Sie reichte ihm schnell die Hand, ihre Augen waren feucht.
„Aber, guter Ernst — ich danke dir und Tante Johanna sehr für alle Güte, nehme ich das an.“
„Das ist ja Unsinn, Elia.“

Sie schüttelte den Kopf. Ganz genau wußte sie, daß sie gehen mußte, wenn Ernst noch ein volles, schönes Glück haben sollte. Und sie nahm sich vor, nicht lange mehr zu bleiben und sich in der Stille nach einer neuen Stellung umzusehen.
„Nicht mich, Tante Johanna, wir sind schon eine ganze Weile zusammen und haben uns verlobt.“

„Nicht mich, Tante Johanna, wir sind schon eine ganze Weile zusammen und haben uns verlobt.“
„Nicht mich, Tante Johanna, wir sind schon eine ganze Weile zusammen und haben uns verlobt.“

Abt. III B. Tg. Nr. 3333/7148 hingewiesen, wonach es unzulässig ist, Wagen über die Entladung hinaus stehen zu lassen — widrigenfalls Strafen zu gewärtigen sind —, und wonach ferner nötigenfalls Zwangsentscheidung und Zwangszuführung der Güter auf Kosten der Empfänger eintritt.

Letzte Nachrichten.

Verhaftung unabhängiger Sozialdemokraten in Leipzig.

Leipzig, 21. März. Wie die sozialdemokratische „Freie Presse“ mitteilt, wurde der Vorsitzende der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Leipzig, Richard Lipinski, verhaftet. Er steht unter dem Verdacht der Teilnahme an der Verbreitung der Streikflugblätter. Eine Anzahl Mitglieder der Unabhängigen, u. a. drei Leipziger Stadtverordnete, sind aus demselben Grund bereits verhaftet worden.

Die Organisation des ukrainischen Heeres.

Budapest, 21. März. (T. U.) Der Wiener militärische Mitarbeiter des „N. N. Lissaj“, Hail, hatte eine Unterredung mit einer in Wien weilenden hohen ukrainischen Militärspezialisten, die ihm für die Organisation des ukrainischen Heeres folgende Informationen gab: Wir nehmen die österreichisch-ungarische und deutsche Organisation als Muster, jedoch müssen wir in mancher Beziehung auf die bei uns bestehende Organisation Rücksicht nehmen. Demnächst werden die Jahrgänge 1890 bis 1900 einberufen werden. Die Regimenter, die im russischen Heere dienten, haben sich bedauerlicherweise nicht so bewährt, wie wir hofften. Angehörige dieser Regimenter sind mit bolschewistischen Ideen betraut vermischt, daß wir unbedingt eine große Reinigung vornehmen müssen, damit die zukünftige Armee die ukrainische Nationalidee vertreten kann. Der in Wien weilende General Solenko hatte die Aufgabe, die Grundlagen des ukrainischen Militärgeheimes zu schaffen. Die russischen Militärgeheimnisse entsprechen in keiner Weise dem modernen Geist unserer Republik.

Die litauische Zukunft.

Berlin, 21. März. Am 22. März treffen, wie die „Bosnische Zeitung“ berichtet, die Abgeordneten des litauischen Landestages in Berlin ein, um dem Reichskanzler die Beschlüsse des Landestages zu überreichen. Es steht bereits fest, daß die Anerkennung Litauens als eines freien und unabhängigen Staates auf monarchischer Grundlage erfolgen wird, nachdem weiteste Zusagen erfolgt sind, daß dieser Staat mit dem Deutschen Reich in eine enge wirtschaftliche, Zoll-, Eisenbahn-, Münz- und Militär-Gemeinschaft treten werde. Zwischen der obersten Heeresleitung, der politischen Reichsleitung und der legitimen Vertretung des litauischen Volkes bestehe in der litauischen Frage volle Einigkeit.

Neue englische Friedensgerichte.

Rotterdam, 21. März. „Westminster Gazette“ bringt wieder einmal das Gerücht eines bevorstehenden deutschen Friedensangebotes. Der parlamentarische Chronist dieses Blattes behauptet nämlich, daß im Unterhause stark über die Wahrscheinlichkeit eines neuen deutschen Friedensangebotes geredet werde. Er sagt darüber etwa folgendes: Deutschland will die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs anbieten und für die ihm verlorenen Kolonien eine Geldentschädigung fordern, um damit den in Belgien angerichteten Schäden wieder gut zu machen. Im Osten wollen die Mittelmächte freie Hand behalten, aber Deutschland gestatte zu, daß die eroberten Gebiete eigene Regierungen erhalten und wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland pflegen können. Man will sich auch bereit erklären, an Serbien einen Teil seines Besitzes zurückzugeben. Der Chronist meint, dieses Angebot werde im Unterhause den Eindruck befähigen, daß Deutschland den Frieden notwendig brauche.

Verantwortl. Schriftleiter: Hermann Schreiber in Dillenburg.

Amtlicher Teil.

Höchstpreise für Rindvieh und Fleisch.
Das Kriegs-ernährungsamt hat angeordnet, daß für Schlachtvieh der Klasse B ohne Rücksicht auf das Ge-

